

## Bildungsreform

# **Mächtig überladen und viel zu teuer**

**Zur Volksabstimmung vom 17. Mai: Überladene und zu teure Reform – AIHK lehnt das «Bildungskleeblatt» ab.**

(Eing.) Der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) hat beschlossen, das überladene und undurchsichtige Reformpaket «Bildungskleeblatt» abzulehnen. Die AIHK empfiehlt deshalb zur Verfassungsänderung und zu den vier Schulgesetzänderungen ein Nein. Die notwendigen Verbesserungen unseres Schulsystems sollen rasch und in verkraftbaren Etappen neu aufgegleist werden.

### **Es braucht gute Bildung**

Die Wirtschaft ist auf hochqualifizierte Mitarbeitende angewiesen. Die Volksschule muss ein solides Fundament legen, damit Jugendliche eine Berufslehre bzw. ein Gymnasium erfolgreich absolvieren können. Das aargauische Schulsystem vermag heute diesem Anspruch trotz des grossen und wertvollen Engagements der Lehrpersonen nicht mehr in allen Teilen zu genügen. Die AIHK erwartet deshalb von einer Bildungsreform die Verbesserung der «Output-Qualität». Weder mit der vorgeschlagenen Strukturreform noch mit der Festschreibung der flächendeckenden integrativen Schullung wird diese Qualitätssteigerung erreicht.

### **Harmos ist eine gute Sache**

Das aargauische Schulsystem darf nicht zur Insellösung werden. Wir unterstützen gesamtschweizerische Harmonisierungsbestrebungen für die Volksschule. Die vorgeschlagenen Reformen gehen aber deutlich weiter als notwendig. Mit verschiedenen der neuen Lösungen würden innerhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz bereits wieder neue aargauische Sonderlösungen geschaffen.

Die Einführung von bedarfsgechten Tagesstrukturen ist aus Sicht der Wirtschaft zu begrüssen. Es dürfen aber keine perfektionistischen Modelle mit übertriebenen Anforderungen an die Betreuungspersonen vorgegeben werden. Auch der neue Ansatz zur Ressourcensteuerung ist zu begrüssen, ein Sozialindex zur Be rücksichtigung unterschiedlicher Anforderungen an die Schule ist zweckmäßig. Diese beiden Kleeblätter gehen aber zu weit und werden damit zu teuer.

Aus Sicht der AIHK ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis der ganzen Vorlage nicht überprüfbar. Die Gesamtkosten steigen zwar «nur» auf 105 Prozent des Referenzaufwands, aber nur weil gleichzeitig wegen des Geburtenrückgangs die Schülerzahl markant sinkt. Pro Schüler erhöhen sich dagegen die Kosten um mindestens 20 Prozent. Die Finanzierbarkeit des «Bildungskleeblatts» ist damit bei auch nur leicht ansteigenden Schülerzahlen nicht mehr gewährleistet.